

Potsdam, 15.06.2018

Pressemitteilung

Zum Gedenktag an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Woidke: Freiheit und Menschenrechte verteidigen

Ministerpräsident Dietmar Woidke sieht die Verteidigung von Freiheit und Menschenrechten als bleibendes Vermächtnis des Volksaufstandes in der DDR. Woidke erklärte anlässlich des 65. Jahrestags der Ereignisse am und um den 17. Juni 1953 heute in Potsdam:

"Wie in Ostberlin und vielen Teilen der DDR protestierten auch in etwa 150 Städten und Gemeinden des heutigen Landes Brandenburg im Frühjahr 1953 viele Tausend Menschen gegen die politischen Verhältnisse, gegen zu hohe Normen und eine schlechte Versorgungslage. Streiks, Demonstrationen und Proteste signalisierten der DDR-Führung die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der täglich erlebten Ignoranz, Engstirnigkeit und politischen Repression.

Das folgende brutale Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung mit Hilfe sowjetischer Truppen war der erste **Offenbarungseid politischen Versagens** der DDR-Führung, dem bis 1989 noch viele weitere folgen sollten. Die Menschen in der DDR, die 1953 auf die Straße gingen, haben uns bis heute ein bleibendes Vermächtnis hinterlassen: Für Freiheit und Menschenrechte muss man einstehen und gegebenenfalls kämpfen. Wir werden den mutigen Frauen und Männern des 17. Juni 1953 ein **bleibendes Andenken** bewahren."

Für die Landesregierung Brandenburg nimmt am kommenden Sonntag der Chef der der Staatskanzlei, Staatssekretär Martin Gorholt, in Berlin an der Gedenkveranstaltung der Bundesregierung anlässlich des 65. Jahrestages des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 teil.

Ort: Friedhof Seestraße 92, 13347 Berlin

Staatskanzlei

Der Regierungssprecher

Heinrich-Mann-Allee 107 14473 Potsdam

Chef vom Dienst

Hausruf: (03 31) 8 66 – 12 51

(03 31) 8 66 – 13 56 (03 31) 8 66 – 13 59

Fax: (03 31) 8 66 – 14 16 Internet: <u>www.brandenburg.de</u>

presseamt@stk.brandenburg.de